

"Ein klares Ja zu Diamorphin und zu einer Gesetzesänderung"

Drogenbeauftragte Sabine Bätzing (SPD) appelliert bei Besuch im "Café Fix" an CDU/CSU

Frankfurt (sas) - Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), hat sich bei einer Pressekonferenz in Frankfurt für eine kontrollierte Vergabe von synthetischem Heroin an schwer Opiatabhängige ausgesprochen. "Das Betäubungsmittelgesetz muss geändert werden. Das ist ein klares Ja zu Diamorphin", sagte die 33-Jährige gestern im "Café Fix", einem Kontaktladen im Bahnhofsviertel.

Auch Frankfurt hatte sich - wie sechs weitere Städte - an einem Modellprojekt zur Abgabe von Diamorphin, einem künstlich hergestellten Heroin, beteiligt. Diese heroingestützte Behandlung von Schwerstabhängigen wurde bereits im Jahr 2002 gestartet und richtet sich an langjährig Abhängige, bei denen Programme mit Ersatzstoffen wie Methadon fehlgeschlagen waren.

"Viele Menschen sind bisher durchs System gefallen. Bei diesem Medikament ist das anders", sagte Bätzing. Schließlich sei Rauschgiftsucht eine Krankheit. Schätzungen des Instituts für Therapieforschung München gingen im Jahr 2007 von 250 000 bis 300 000 Konsumenten aus. Davon gelten 175 000 Personen als abhängig - besonders von Heroin, Kokain und Crack.

Mehr als ein Dutzend Bundesländer hatten bereits im September vergangenen Jahres einer Gesetzesinitiative zugestimmt, um eine Zulassung von Diamorphin zu erreichen. Nun müsse der Bundestag diese Vorlage beraten, um das Betäubungsmittelgesetz zu ändern, erklärte Bätzing. "Ich appelliere an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, endlich ihre Blockade aufzugeben und den Gesetzentwurf zu beraten und zu beschließen. Es darf nicht sein, dass das Leben von schwerstkranken Menschen gefährdet wird", erklärte die 33-Jährige. Schließlich seien die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie positiv. "20 Prozent der Teilnehmer haben den Ausstieg geschafft. Es gibt Argumente gegen Diamorphin, die von einer geringen Ausstiegsorientierung sprechen. Ich finde, die Ergebnisse sind Ausstiegsorientierung genug." Bätzing sagte, sie könne nur an den hessischen Ministerpräsidenten appellieren, damit dieser auf die Bundestagsfraktion einwirke.

Die Stadt Frankfurt will unterdessen das Modellprojekt fortsetzen. Nach Angaben des Gesundheitsdezernats sind dafür im Haushaltsentwurf 2009 entsprechende Mittel eingeplant. Die Kosten sollen rund 1,7 Millionen Euro pro Jahr betragen.

"Die Kosten für Diamorphin halten sich in Grenzen", so Bätzing. "Es geht hier um etwa 2000 Euro Mehrkosten pro Patient in einem Jahr. Das sollte uns das Leben der Menschen Wert sein." Diamorphin müsse von den Krankenkassen finanziert werden, die psychosoziale Beratung von den Kommunen.

Für Birgit Wichelmann-Werth, Leiterin des "Café Fix", und die Fachbereichsleiterin Drogenhilfe des Vereins Arbeits- und Erziehungshilfe, Beatrix Baumann, war der Besuch der Drogenbeauftragten des Bundesministeriums für Gesundheit "eine große Ehre". "Wir bieten Überlebenshilfen an. Die Menschen brauchen Kleidung, Nahrung, ein Dach über dem Kopf. Erst dann kommt die Beratung. Durch eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes könnten wir noch mehr Menschen eine Perspektive bieten", so Baumann und Wichelmann-Werth.

Neu im "Café Fix" in der Moselstraße 47 sind kleine "Arbeitsgelegenheiten", sagt Baumann. In Kooperation mit dem Rhein-Main Jobcenter können die Menschen hier Arbeit finden, erklärt die Fachbereichsleiterin Drogenhilfe. "Es kann für sie ein erster Schritt sein, zurück in ein Leben mit strukturiertem Tagesablauf zu finden."